

# **DIE LINKE.** *im Erzgebirgskreis*

SOZIALISTISCHES INFO-BLATT

JANUAR 2023

Nummer 178

**Liebe Leserinnen und Leser,**



gestattet mir einen Rückblick auf das Jahr 2022. Vieles hat uns in diesem Jahr bewegt und wird auch 2023 uns weiter bewegen. Ich werde mich auf einige Punkte der Arbeit im Kreistag begrenzen. Überschattet vom 9€-Ticket und der Diskussion zum 49€-Ticket wurde auch bei uns das allgemeingültige Bildungsticket eingeführt. Einen großen Vorteil hat dieses Ticket, es gibt keine Mindestentfernung mehr. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass alle Bezugsberechtigten gleich durch den Landkreis bezuschusst werden. Leider fand unser Ansinnen keine Mehrheit im Kreistag.

Wird es im Erzgebirge mindestens ein Frauenschutzhaus geben oder bleibt es bei den beiden Schutzwohnungen? Wir müssen hier weiter unduldsam sein. Genauso wie zum Thema Suchtberatungs- und Demokratieprojekte, wenn es um die Intensität der Zusammenarbeit mit der Landkreisverwaltung geht.

5 Mio. € einfach weg und nur ein Teil konnte gerettet werden. Eine Konsequenz ist ein verbessertes Zins-, Schulden- und Liquiditätsmanagement. Die nun nicht mehr vorhandenen freien Mittel wären gut für die Sanierung des Fichtelberghauses gewesen. Wir werden aber bei unserem Standpunkt bleiben, dass

der höchste Punkt in Sachsen nicht veräußert werden darf. Der Vorschlag unseres Kreisvorsitzenden, MdL Rico Gebhardt, eine Betreibergeossenschaft gemeinsam mit Oberwiesenthal und eventuell weiteren Kommunen zu gründen, stehen wir positiv gegenüber.

Maßgeblich angeschoben durch unser Fraktionsmitglied Andreas Rössel wurde ein Antrag der Fraktionen CDU/FDP, FWE, DIE LINKE, SPD – Appell des Landrates zur geplanten Änderung des Sächsischen Wassergesetzes - auf den Weg gebracht.

Natürlich hatten wir auch einen Wechsel der Landräte.

Erst im Dezember konnte der Haushaltsentwurf für 2023/24 eingereicht werden, ansonsten stand zu diesem Zeitpunkt bereits die Beschlussfassung. Lockerungen bei den Genehmigungsregularien ermöglichten einen Entwurf einzureichen. Trotz vieler Unbekannter bekennt sich der Landkreis weiterhin zu seinen freiwilligen Aufgaben auf der Bildungs-, Kultur- und Naturschutzebene. Drei Dauerthemen waren Ablauf des Breitbandausbaues, Kostenentwicklung des ÖPNV und weitere überplanmäßige Ausgaben. Mögen die drei Punkte auch nicht auf den ersten Blick zusammengehören, so stehen sie doch für mangelhafte und/oder zögerliche Finanzbereitstellung seitens der Landes- und Bundesregierung. Unter dem Titel „100 Tage im Amt - ...“ (vergl. Landkreiskurier 9/2022 Erzgebirgskreis, S.5) bekennt sich Landrat Anton zum gezielten Druck nach Dresden und Berlin.

Schauen wir mal, was der Druck so bringt.

Wir bauen weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit mit unseren Abgeordneten auf Landes- Bundes- und europäischer Ebene.

Hinweise, Fragen, Ideen - wir sind zum Gespräch bereit.

Frank Dahms

## Informationen zum Stipendienprogramm der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) ist eine politische Bildungseinrichtung und steht der Partei DIE LINKE nahe. Ihr Ziel ist es, durch politische Bildung zu Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität sowie zum Ausgleich sozia-

ler, geschlechtsspezifischer oder ethnisch bedingter Benachteiligung beizutragen. Diese Werte bilden die Grundlage der Studien- und Promotionsförderung des Studienwerks der RLS. Diese Grundsätze sind auf den Internetseiten des Studienwerks der RLS

[www.rosalux.de/stiftung/studienwerk](http://www.rosalux.de/stiftung/studienwerk)

formuliert, wo man auch Informationen zur Bewerbung auf ein Stipendium finden kann.

Bewerben können sich Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen und aller staatlich anerkannten Hochschulen des In- oder eines EU-Landes. Gefördert werden Personen, die ein hohes gesellschaftliches Engagement im Sinne der RLS sowie sehr gute Studien- bzw. schulische Leistungen haben. Ausländische Bewerber müssen darüber hinaus Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen. Der persönliche Hintergrund, die sozialen Verhältnisse und eventuell schwierige Bildungswege werden bei der RLS besonders berücksichtigt. So wurden zum Beispiel Sonderprogramme für Flüchtlinge sowie türkische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgelegt.

Du kannst dich bis zum 1. April (Förderbeginn Oktober) bzw. bis zum 1. Oktober (Förderbeginn April) bewerben. Es wurden beispielsweise zum 1. April 2022 etwa 60 neue Stipendien vergeben. Insgesamt werden ca. 1100 Studierende gefördert. Da es viel mehr Anträge als Stipendien gibt, muss man ein Auswahlverfahren durchlaufen, d.h. insbesondere ein Gespräch mit einer Vertrauensdozentin oder einem Vertrauensdozenten (VD) der RLS absolvieren. Die RLS hat solche VD's (insgesamt etwa 200) an fast allen Hochschulen und Universitäten Deutschlands.

Die VD's verfassen ein ausführliches Gesprächsprotokoll, das den eingereichten Unterlagen beigefügt wird. Ich habe schon zahlreiche solche Gespräche geführt und bin meist beeindruckt von den sehr engagierten, weltoffenen und leistungswilligen jungen Menschen. Die „Letzte Instanz“ ist dann der Auswahlausschuss, dem VD's, Mitglieder der Partei DIE LINKE und der RLS sowie Stipendiatinnen und Stipendiaten der RLS angehören. Als Vertrauensdozentin und Angehörige der Technischen Universität Chemnitz habe ich selbst öfter im Auswahlausschuss mitgearbeitet und das Klima dort als sehr ange-

nehm empfunden. In der Entscheidungsfindung waren alle Mitglieder dieses Ausschusses sehr engagiert und stets um Gerechtigkeit bemüht.

Jedes Jahr im Frühjahr werden alle Vertrauensdozentinnen und -dozenten zu einer Klausur nach Berlin, Straße der Pariser Kommune (Nähe Ostbahnhof), in das neue, sehr attraktive, rote Gebäude der RLS eingeladen. Es wird lange berichtet, zu bestimmten Themen referiert und sehr viel und heftig diskutiert.

Die Gewerkschaften und alle im Bundestag vertretenen Parteien haben eine ihnen nahe stehende Stiftung, wie zum Beispiel die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die der SPD nahe steht, oder die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen. (Damit ist auch klar, dass die Existenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf Gedeih und Verderb an die Präsenz der Partei DIE LINKE im Bundestag gebunden ist.) Die RLS erfüllt zusammen mit den anderen politischen Stiftungen den staatlichen Auftrag, demokratische und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit durchzuführen. In einer gemeinsamen Erklärung vom Juli 2011 betonen diese Stiftungen, dass sie sich als Akteure zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten im In- und Ausland im Rahmen des politischen Pluralismus in Deutschland verstehen. Auf dieser Grundlage gibt es eine gute Zusammenarbeit der politischen Stiftungen bis auf eine Ausnahme - die 2017 gegründete und der AfD nahestehende Desiderius-Erasmus-



Stiftung (DES). Die RLS hat dazu im April 2022 eine "Erklärung der Unvereinbarkeit der Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der Desiderius-Erasmus-Stiftung" abgegeben. Darin wird festgestellt, dass die DES „Teil der Strömung der Neuen Rechten ist, die eine völkisch-nationalistische Gesell-

schaft propagieren und über das Konzept des Ethnopluralismus unverschleiert einem rassistischem Weltbild anhängen.“ Für mich ist es unvorstellbar, dass die DES in Zukunft, sicher sogar mit Steuergeldern, ihr Gedankengut in junge Menschen einpflanzen kann.

Abschließend möchte ich euch alle ermuntern, an Veranstaltungen der RLS teilzunehmen, und unsere Studierenden auffordern, sich bei der RLS um ein Stipendium zu bewerben. Wir haben an den Einrichtungen hier, zum Beispiel an der TU Chemnitz sowie den Hochschulen in Mittweida und Zwickau, zu wenige Geförderte, insbesondere auch in den naturwissenschaftlichen Fächern.

Prof. Dr. Karla Rost

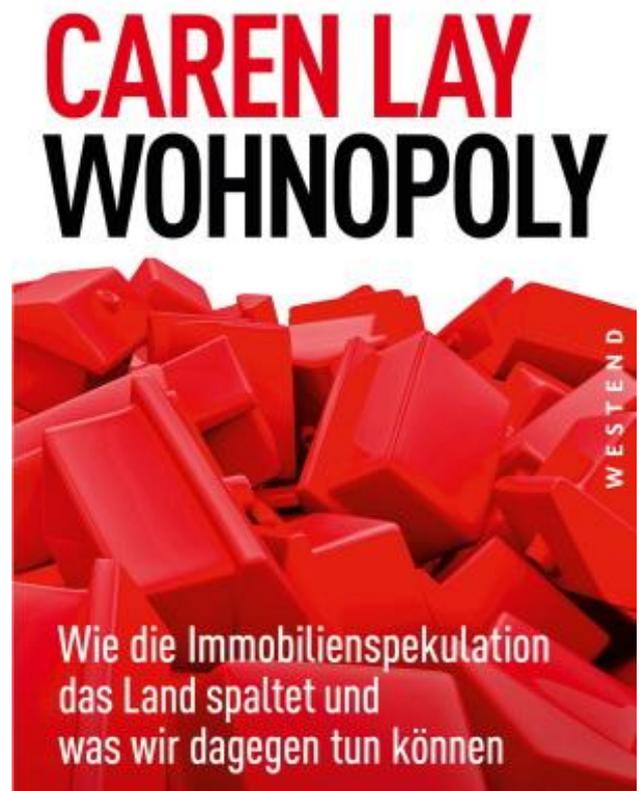
(Vertrauensdozentin der RLS und Mitglied des OV Stollberg u. Umgebung)

## Das Wohnopoly beenden

Die Mietenkrise ist die soziale Frage unserer Zeit. Und diese Krise greift nicht nur in den Metropolen des Landes, sondern auch immer mehr in den Mittelzentren um sich. Als Wohnungspolitiklerin beobachte ich seit vielen Jahren das Versagen der Politik in der Wohnungskrise, wo eigentlich entschlossenes Handeln und Eingreifen notwendig wäre. Um dem jahrzehntelangen Versäumnissen in der Mietenpolitik ausführlicher auf den Grund zu gehen, habe ich ein Buch geschrieben, das vor einigen Wochen mit dem Titel „Wohnopoly – Wie die Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können“ im Westend Verlag erschien. Die Grundthese des Buches ist, dass hinter der Mieten- und Wohnungskrise das Kapital steht. Es geht um Profit und darum, aus der Miete möglichst viel Rendite zu generieren. Politikerinnen und Politiker schauen dabei zu oft nur untätig zu oder beteiligen sich sogar aktiv an diesem Prozess. Genau das passiert aber nicht nur in Berlin oder München, sondern auch in Leipzig, Erfurt oder auch Plauen.

In meinem Buch liste ich im ersten Kapitel das Sündenregister der deutschen Wohnungspolitik auf. Einer dieser sechs Kardinalfehler ist die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände per Gesetz in Ostdeutschland. Die ostdeutschen Kommunen bekamen im Rahmen der Wiedervereinigung nicht nur die vormals staatseigenen Wohnungen überschrieben, sondern auch riesige Schuldenberge. Um dann die so genannte Altschuldenhilfe zur Tilgung der Schulden zu bekommen, mussten sie – gesetzlich verordnet – einen Teil ihrer Wohnungsbestände verkaufen. Insgesamt wurden so schätzungsweise knapp 365.000 ostdeutsche Wohnungen privatisiert. Die Privatisierung in ostdeutschen Kleinstädten dauert noch immer an, etwa in den Landkreisen Vogtland oder Bautzen und immer häufiger werden Wohnungen dabei an große Aktiengesellschaften verkauft, die mit dem Kauf der Wohnungen nur ein Ziel verbinden: mehr Gewinn.

In einem weiteren Kapitel untersuche ich den Lobbyismus im Immobilienbereich. Eine Heerschaar von Lobbyist\*innen bevölkert das Regierungsviertel. Sie umgarnenden Politiker\*innen und versuchen ihre Interessen mit dem Sponsoring von Parteien und voranzubringen. Und sie arbeiten mit Feindbildern:



Das Leben in Plattenbauten herabzuwürdigen gehört zu den großen Erzählungen der Konservativen und zielt erneut gegen den Osten. Wo früher Professorin und Pförtner Tür an Tür gelebt haben, sind Plattenbaugebiete heute oftmals Orte, an denen viele armutsbetroffene Menschen leben. Diese so genannte „Segregation“ nimmt in Ostdeutschland so stark zu, dass Wissenschaftler von einem einzigartigen Vorgang sprechen.

Ich schließe ich das Buch mit Vorschlägen für eine bessere Mietpolitik. Hierin werbe ich unter anderem für eine Stärkung des kommunalen, gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, des Genossenschaftswesens und für die Rekommunalisierung von Wohnungen. Klar ist: um die Mietkrise zu stoppen, braucht es eine grundlegend andere Mietpolitik – das Wohnopoly muss beendet werden. Ich verstehe mein Buch als eine Unterstützung der Mietbewegung. Bezahlbares Wohnen muss für alle garantiert sein. Ich freue mich, wenn Ihr Lust habt selbst einmal hineinzuschauen!

Das Buch „Wohnopoly – Wie die Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können“ ist überall im Buchhandel oder online erhältlich. Mehr Informationen findet ihr unter:

[www.wohnopoly.net](http://www.wohnopoly.net)

Caren Lay



## Eine Würdigung

Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen würdigte am 14.11.2022 im Rahmen eines Festaktes sächsische Kommunalpolitiker:innen der ersten Stunde. Seit 1990 durchgehend Kreisrätin, das ist schon eine recht lange Zeitspanne. Im Rückblick sind es Dauerthemen, für die in dieser Zeit die Weichen gestellt wurden:

- der Erhalt der kommunalen Krankenhauslandschaft
- die Ausgestaltung der Schülerbeförderung
- die Bildung von Zweckverbänden
- das Bekenntnis zur Wahrung kultureller und historischer Einrichtungen in Verantwortung des Landkreises.

Nun ich habe am Festakt nicht teilgenommen, so dass ich zum Dezemberkreistag 2022 den vorgesehenen Dank erhielt.

Es ist eine schlichte leere Schale, **die Meissner Vide-Poche**, welche symbolisch dafür steht, selbst das Leben zu gestalten.

Natürlich freut man sich in diesem Moment über die erfolgte Würdigung.

Danke möchte ich jenen Wähler:innen sagen, die immer erneut mir ihre Stimme gaben und den Mitstreiter:innen in unseren Kreistagsfraktionen seit 1990.

2024 finden wieder Wahlen zum Kreistag statt. Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen und ermutigen als Linke/r zu kandidieren.

Barbara Drechsel



## **Es kann einem Angst werden um das Fortbestehen dieser Partei DIE LINKE**

Ein Jahr ist vergangen seit der letzten Bundestagswahl und wenige Monate seit der Landtagswahl in NRW. Beide male hat die Linke eine verheerende Niederlage erlitten. Nach langem Stillschweigen im Führungsgremium und teilweise belanglosen Presseerklärungen, kam es im Juni 2022 zum Erfurter Parteitag. Viele Basismitglieder schüttelten einfach den Kopf, über die politische Gleichgültigkeit und Unverfrorenheit in unserer Parteiführung, sich vom Wahldesaster im September 2021 bis Juni 2022 Zeit zu lassen.

Mittlerweile schießt die Parteiführung aus allen Rohren, um die Basismitglieder aber auch das Wählervolk von der Sorge der Parteiführung um die Partei DIE LINKE überzeugen zu wollen. Schon das Ergebnis des Parteitages lässt erkennen, wohin die Reise gehen soll. Die Teile der Partei, die sich um Sahra Wagenknechts Meinung scharren, sind kalt gestellt, obwohl man in vielen Bevölkerungskreisen von großer Zustimmung für Wagenknechts politischer Haltung spricht. Ein Ergebnis des Parteitages war für die Basis besorgniserregend, der Parteivorstand wurde gesäubert. Seitdem findet man dort nur Vertreter der linken Reformer und Dissidenten. Von wirklich echten linken Strömungen wie die Antikapitalistische Linke oder auch die Sozialistische Linke, um nur zwei Beispiele zu nennen, wurde der Parteivorstand gesäubert. Selbst der Ältestenrat mit seiner hin und wieder kritischen Haltung auch zu Parteibeschlüssen wurde ins politische Abseits manövriert.

Nun haben wir einen Parteivorsitzenden, der eine seiner Aufgaben darin sieht, diese Partei zum „Mitregieren“ zu führen. Das ist wohl auch die Bestätigung dass im Zuge dessen eine besondere Richtungsänderung im politischen Auftreten verfolgt wird, man muss sich den möglichen Koalitionsparteien, etwa SPD oder CDU/CSU, regelrecht anbieten. So hat eben auch schon mal Dietmar Bartsch, er ist Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE, öffentlich geäußert: „Wenn wir mitregieren, müssen wir unseren Standpunkt zur NATO-Mitgliedschaft neu definieren und auch über die Auslandseinsätze der Bundeswehr neu befinden“. Für diese Kursänderung werfen wir nunmehr sogar unsere bisherigen Parteitagsbeschlüsse über Bord. Von unseren systemoppositionellen Bekenntnissen, noch beschlossen auf dem Erfurter Parteitag 2011, haben wir uns mit diesem „neu gesteckten Ziel“ abgewandt. Ja, es ist so, unter der Erkennungsmarke einer politischen Protestpartei, einer Partei mit einer kritischen Haltung zu bestimmten Beschlüssen der Regierenden, auch öffentlich auszutragen, haben wir uns verabschiedet. So sagen die Wähler ganz offen: „Na, DIE LINKE ist doch auch nicht anders als die Anderen.“

Andererseits haben unsere Führungskader auch in der Außenpolitik in nahezu allen Facetten die Ansichten der neoliberalen Parteien übernommen. Sie unterscheiden sich von denen schon fast nicht mehr vom harten Kurs gegen die Russische Föderation. Natürlich sind Kriege zu verurteilen. Die Frage steht allerdings im Raum, wo und wann haben unsere Führungsorgane die wahren Ursachen dieses Krieges jemals analysiert? Warum mussten die USA 4 Mrd. US-Dollar und die EU mehrere 100 Mio. € für die Durchführung dieses Putsches in die Ukraine schmuggeln? Unser Kreisvorsitzender schrieb in einem Artikel: „Für jeden Krieg ist der verantwortlich, der den ersten Schuss abgibt.“ Ja aber wer hat 2014 nach dem Putsch die ersten Schüsse abgegeben? Der Putsch war auch gleichzeitig der Anfang des Krieges gegen die russischstämmigen Ukrainer. Mit den ersten Schüssen begann der Mordfeldzug gegen diese Menschen. Es waren die faschistischen Banderaeinheiten, sie zerschossen auch Schulen in denen Kinder beim Unterricht saßen, zerbombten Krankenhäuser in den Donezker Republiken, gingen gegen protestierende Bürger in Odessa vor, als diese ins Gewerkschaftshaus flüchteten, zündeten die Banderafaschisten das Gebäude an und die Menschen verbrannten bei lebendigem Leib. Im Anschluss daran hat in einem feierlichen Zeremoniell Präsident Selenskyj diese Banderaeinheiten in den Rang von Bataillonen erhoben und in die ukrainische Armee integriert. Mit deutschen Waffen in den Händen, hergestellt in deutschen Waffenschmieden, die schon Hitlers Armee gegen die Sowjetunion aufrüsteten. Warum kann eine linke Partei diese Verbrechen nicht in die Öffentlichkeit tragen? Es ist ja schon kein Krieg mehr zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine. Sie stellen nur das Kanonenfutter und das Schlachtfeld, die USA und dessen NATO-Verbündete liefern die Waffen und dazugehörige Munition. Menschenleben sind nicht von Interesse, Russland soll besiegt werden. Und DIE LINKE steht auf deren Seite. Was wir hier tun ist die verwerfliche Befürwortung der politischen und militärischen Unterstützung dieses längst vorprogrammierten Stellvertreterkrieges des imperialistischen Westens unter Führung der USA, ihrer NATO-Verbündeten in diesem Ukrainekrieg.

Nun hat man den Mitgliedern der Partei noch zwei druckfrische Dokumente zur Untermauerung ihrer Meinung zugestellt.. Einmal diese Leipziger Erklärung der Führungskräfte unserer Partei vom 11. Dezember 2022 und zum Anderen ein sogenannter Spendenaufruf der Parteivorsitzenden.

Es ist ein Politikum, ob von den Führungskräften in Leipzig einstimmig bestätigt oder die bestätigende Untermauerung dieser Politikrichtung im Spendenaufruf, es bedeutet nichts anderes als ein WEITER SO! - Doch das führt unweigerlich in den Untergang. Die wichtigste Aufgabe jetzt und zwar sofort, ist die bedingungslose

Weiterentwicklung unseres Erfurter Programms von 2011. Kehren wir zu Marx zurück und nehmen wir unsere friedenspolitischen Verpflichtungen wieder wahr. Echte Sozial- und Friedenspolitik gelingt nur in Verbindung mit der sozialistischen Entwicklung. Was für einen Beweis braucht man noch, es ist doch unfassbar, wenn unsere Parteivorsitzenden im diesem Spendenaufruf von einer Zeit eines Epochenbruchs schreiben – sie müssen ihre übereinstimmende Meinung mit Olaf Scholz nicht tarnen. Er schrie in die Welt, dass wir in einer Zeitenwende leben – da muss unsere Führung keine anderen Worte erfinden. Wollt ihr wirklich für die Zeit eures Lebens und aber auch in den Geschichtsbüchern danach, die Verantwortung für das Scheitern einer linken Partei übernehmen?

- WERDET ENDLICH DEM NAMEN DER PARTEI GERECHT -

Links ist wo das Herz schlägt, das sozialistische Herz, nicht der sozialdemokratisch – neoliberale Abklatsch.  
Klaus Glaser



Nach dem Ausfall des heißen Herbstes und des kalten Winters planen 2 Drittel des Schwarzenberger Stadtrates der LINKEN für 2023 neue politischer Aktivitäten. Hier beim illegalen Treff auf dem Weihnachtsmarkt in Schwarzenberg

**Weitere Aussichten**

**Die SPD erwartet nach Einführung des Bürgergeldes einen System- und Kulturwandel. Davon ist tatsächlich auszugehen: Bei einer zweistellig weiter ansteigenden Inflationsrate sind die Tafeln ab sofort systemisch – und die Kultur gibt es in der Form, dass vom Bürgergeld künftig die Eintrittskarten für die Tafeln bezahlt werden müssen.**



Fichtelberg im Erzgebirge und Umgebung on WordPress.com

Ungewöhnliche Temperaturen zum Jahreswechsel 2022/2023 im Erzgebirge

Reihe set	Temperaturen in °C (TR=Tagesrekord, MR=Monatsrekord)								Windspitze am 31.12.2022 in km/h	
	31.12.2022				Nacht 31.12.22/01.01.23					
	Max	TR	(bish.) MR	Min	(bish.) MR	Max	TR	(bish.) MR		
Aue	1977	16,4	x	17,0 (05.12.1985)	12,1	10,9 (28.01.2016)	15,9	x	18,4 (10.01.1991)	x
Dippoldiswalde-Reinberg	1954	16,4	x	17,9 (05.12.1985)	11,3	10,8 (01.01.2022)	15,7	x	17,2 (11.01.1998)	x
Chemnitz	1882	15,9	x	17,8 (04.12.1953)	12,1	9,7 (01.01.2022)	15,4	x	15,8 (11.01.1998)	82,1
Marienberg	1955	14,4	x	16,0 (05.12.1985)	11,4	9,0 (28.01.2016)	13,5	x	15,1 (11.01.1998)	58,7
Deutschnudorf-Brüderwiese	2006	14,0	x	15,6 (15.12.2006)	4,1	5,7 (27.01.2016)	13,6	x	11,3 (10.01.2015)	x
Zinnwald-Georgenfeld	1971	12,3	x	14,1 (15.12.2006)	8,8	6,9 (01.01.2022)	12,1	x	13,8 (17.01.1993)	75,2
Carlsfeld	1989	10,6	x	11,7 (11.12.2004)	6,4	5,6 (05.01.1999)	10,2	x	12,4 (11.01.1998)	64,8
Fichtelberg	1890	7,9	x	14,6 (02.12.1953)	5,5	5,8 (12.01.1998)	7,3	x	13,1 (28.01.1955)	108,0

gefunden auf <https://fichtelbergwetter.wordpress.com/>

Höchste Erzgebirgische Weihnachtstemperaturen in °C

	24.12.	25.12.	26.12.	Rekordtemperaturen	
				Weihnachten	Dezember
Schwarzenberg-Oswaldtal	10,1	11,3	12,6	14,7	15,8
Dippoldiswalde-Reinberg	10,6	10,9	12,3	14,9	17,9
Aue	10,3	11,6	12,3	15,6	17,0
Chemnitz	9,4	11,1	11,2	14,6	17,8
Deutschnudorf-Brüderwiese	8,0	7,1	10,9	12,7	15,6
Marienberg	8,0	9,7	10,3	12,7	16,0
Zinnwald	5,9	4,7	8,3	11,0	14,1
Carlsfeld	5,7	5,8	7,1	9,8	11,7
Fichtelberg	3,3	4,4	4,5	9,3	14,6

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge  
 Vi.S.d.P.: Wolfram Dittmann  
 Spenden für DIE LINKE.Erzgebirge oder für die Zeitung "DIE LINKE im Erzgebirgskreis"  
 (Spendenempfehlung 10 Euro Jahresbeitrag)  
 Konto: DIE LINKE, Erzgebirge  
 IBAN: DE 56 870 54 000 33 29 000 456  
 Sitz des Kreisvorstandes:  
 Kirchstraße 5 in 08280 Aue – Bad Schlema  
 Tel: 03771 / 2 22 17  
 Internet: [www.dielinke-erzgebirge.de](http://www.dielinke-erzgebirge.de)  
 Meinungen und Post an uns unter [redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de](mailto:redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de)  
 Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.  
 Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.  
 Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist der 24. Januar 2023

## Inhaftiert im Urlaubsparadies

Clara Büniger über die Realität Geflüchteter auf griechischer Insel Kos

Kos ist bekannt für seine langen Sandstrände und Thermalquellen. In dem kleinen Dorf Pyli im Zentrum der Insel leben davon fernab und strategisch gut versteckt fast 1000 Geflüchtete in einem haftähnlichen Lager. Der Name »Closed Controlled Access Center Kos« spricht für sich. Im Dezember konnte ich im Rahmen einer Delegationsreise ins Innere dieses Lagers schauen.

Auf Kos befindet sich einer der fünf sogenannten griechischen Hotspots in der Ägäis, weitere »Hotspot-Inseln« sind Lesbos, Leros, Samos und Chios. Kommen Geflüchtete auf diesen Inseln an, dürfen sie diese bis zum Abschluss des Asylverfahrens nicht verlassen. Während dieser Zeit müssen sie eingepfercht in menschenunwürdigen Zuständen in Lagern leben. Seit dem EU-Türkei Deal von März 2016 verschlechterte sich die Situation der Geflüchteten in den »Hotspots« extrem: Systematische Inhaftierung, überfüllte Lager und unfaire Schnellverfahren auf den Inseln, meist ohne Prüfung der Asylgründe, sind die Folgen.

In Reaktion auf den Brand im Lager Moria auf Lesbos im September 2020 machten die EU-Kommission und Griechenland ein Versprechen: Keine überfüllten und improvisierten Geflüchtetenlager in den Hotspots mehr, stattdessen verbesserte Lebensbedingungen und ein sicheres Umfeld für Schutzsuchende. Die Realität sieht aber gänzlich anders aus: Geflüchtete werden wie im Hochsicherheitstrakt untergebracht. Das auf Kos Ende 2021 eingeweihte und für ca. 40 Millionen Euro EU-finanzierte »Closed Controlled Access Center« (CCAC) beinhaltet neben den allgemeinen Unterbringungsmöglichkeiten für Schutzsuchende auch das »Pre-Removal Detention Center« (PRDC). Es ist zurzeit das einzige Haftzentrum für abzuschiebende Geflüchtete auf den Inseln der Ost-Ägäis. Im CCAC können insgesamt über 2000 Personen untergebracht werden. Eine angemessene medizinische Versorgung, regelmäßige Freizeitangebote, grüne Flächen, schattenspendende Orte oder Aufenthaltsgelegenheiten gibt es auf dem Gelände nicht. Dafür sind dort die regionale Asylbehörde, die griechische Polizei und Frontex mit Büros vertreten. Bis vor Kurzem wurden noch alle auf Kos ankommenden Schutzsuchenden pauschal inhaftiert – auch Kinder, Familien und vulnerable Personen, wie zum Beispiel schwangere Frauen oder Opfer von sexualisierter Gewalt. Der Großteil der nunmehr Inhaftierten befindet sich aufgrund einer zweiten Ablehnung des Asylantrags in dem Haftzentrum. Hauptgrund der Ablehnungen ist das zunächst durch den EU-Türkei-Deal zur Anwendung kommende System des »sicheren Drittstaats«. Griechenland hat in dessen Ausweitung im Juni 2021 nunmehr pauschal für alle Schutzsuchende aus Afghanistan, Syrien, Somalia, Pakistan und Bangladesch die Türkei als »sicheren Drittstaat« erklärt. Daher werden deren Asylanträge stets als unzulässig abgelehnt, sodass die Abschiebung droht. Da jedoch seit März 2020 Abschiebungen aus Griechenland in die Türkei ausgesetzt sind, hängen die Geflüchteten in einem monatelangen rechtlichen und tatsächlichen Limbo. Eine eklatant unrechtmäßige Praxis, denn: Ist eine Abschiebung in den »sicheren Drittstaat« nicht möglich, verlangt die EU-Asylverfahrensrichtlinie, dass Zugang zum Asylverfahren gewährt und Asylanträge inhaltlich zu prüfen sind. Die EU-Kommission hat Kenntnis von diesen Umständen, sie war auch bei unserem Besuch unangemeldet bei dem Treffen im Haftlager vertreten. Eigentlich müsste die EU-Kommission hier tätig werden und Griechenland zur Einhaltung von EU-Recht auffordern.

Das Versprechen der EU-Kommission: »No more Morias«, also keine unmenschlichen Lager mehr, wäre ein erster richtiger Schritt gewesen. Die EU ist aber schon vor längerer Zeit falsch abgebogen, als es darum ging, EU- und Menschenrechte bei der Aufnahme von Schutzsuchenden einzuhalten. Das Lagersystem, die Schaffung von rechtsfreien Räumen und fortwährend durchgeführte Pushbacks an den EU-Außengrenzen werden das Leid der Schutzsuchenden nie beenden. Sie werden aber auch nicht dazu führen, dass weniger Menschen versuchen werden, die EU zu erreichen. Es wird nur zu noch mehr Toten und einer Manifestation der Menschenrechtsverletzungen führen. Stattdessen müssen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte Maßstab politischen und staatlichen Handelns werden.

Gefunden im ND am 28.12.202